



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nachhaltig in die Zukunft

Das Initiativprogramm Agenda 2030

BMZ fundiert

2030 

IMPLEMENTATION
INITIATIVE

bmz.de

Das Initiativprogramm Agenda 2030





KIRGISISTAN

PAKISTAN

NEPAL

MYANMAR

VIETNAM

KAMBODSCHA

INDONESIAEN

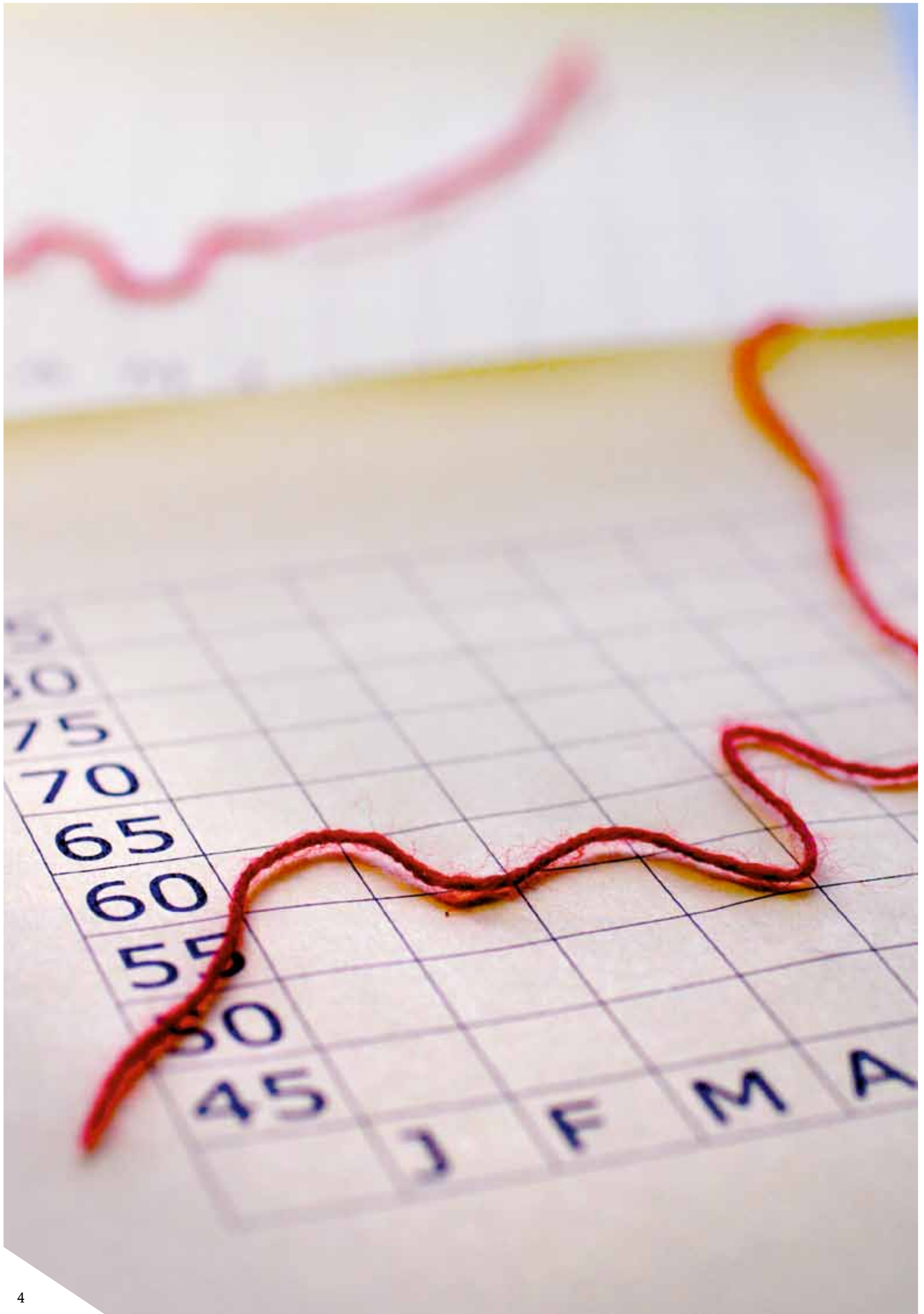
INDIEEN

BANGLADESH

UNESCAP

MADAGASKAR

KENIA



Flagship-Report – ein Überblick



Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist ein Welt-zukunftsvertrag für die Menschheit. Ihn mit seinen 17 Sustainable Development Goals und Prinzipien einzulösen, stellt die meisten Länder jedoch vor große Herausforderungen.

Wie kann eine Nachhaltigkeitsarchitektur effizient gestaltet werden?
Wie soll nachhaltige Entwicklung finanziert und die Erreichung der SDGs kohärent gemessen werden?

Genau da setzt das BMZ mit seinem Initiativprogramm Agenda 2030 an. Es unterstützt Partnerländer auf drei Ebenen: 1) Politik: Anpassung von Strukturen und Strategien an die Agenda 2030, 2) Finanzierung: Einnahmen erhöhen und private Investitionen mobilisieren und 3) Überprüfung: Messen, analysieren und berichten.

Von Myanmar bis Mexiko, Brasilien bis Benin und Georgien bis Ghana: Das Initiativprogramm fördert aktuell 29 Maßnahmen in 26 Partnerländern und mit drei Regionalorganisationen mit einem Volumen von ungefähr 58 Millionen Euro. So vielfältig wie die Länder sind, so unterschiedlich gestalten sich auch die Ansätze der strategischen Begleitung auf dem Weg hin zur notwendigen Nachhaltigkeitswende.

Auf der Ebene Politik unterstützt das Initiativprogramm beispielweise Länder wie Mexiko bei der Anpassung und Formulierung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie. Georgien führt mit deutscher Unterstützung Gesetzesfolgenabschätzungen ein, die ein wichtiges Instrument sind, um auch wirksame Gesetze auf den Weg zu bringen. Auf der Ebene der Finanzierung fördert Deutschland Schritte, wie Entwicklungsländer ihre Einkommen steigern können. Eine wichtige Rolle spielt aber auch die Ausgabenkontrolle. Deshalb stärkt das Initiativprogramm zum Beispiel den afrikanischen Dachverband der Rechnungskontrollbehörden AFROSAI. Die Ebene Überprüfung hat die Funktion, Wirkungen von getroffenen Maßnahmen zu messen und zu analysieren. Deshalb fördert das Initiativprogramm zum Beispiel Myanmar, Vietnam und Ghana bei Monitoring, Datenanalyse und evidenzbasierter Politikgestaltung.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, wie bedeutend diese Unterstützung ist. Grundlegend ist dabei, dass jedes Land seinen ganz individuellen Weg gehen und erfolgreich umsetzen kann. Dazu leistet das Initiativprogramm einen Beitrag.

Agenda 2030 – jetzt handeln



„Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, die Armut zu beseitigen, ebenso wie wir die letzte sein könnten, die die Chance hat, unseren Planeten zu retten.“

Mit seinem Zitat hat der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban-Ki Moon die einmalige Chance für die Menschheit skizziert; und die ungeheure Fallhöhe, vor der sie steht.

Als die Weltgemeinschaft im September 2015 die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedete, hat sie die Tür in Richtung Chancen aufgestoßen; die Gefahr zu fallen, jedoch keineswegs gebannt. Denn die Beschlüsse stehen nur auf dem Papier. Und eine auf Raubbau basierende Lebensweise in eine nachhaltig angelegte zu überführen, fordert Industrienationen wie Entwicklungsländer, genauso Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen heraus.

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung will die Staatengemeinschaft globale Herausforderungen gemeinsam lösen. Dabei fordert die Agenda 2030 nicht weniger als die Transformation unserer Welt: Allen voran will sie extreme Armut und Hunger bis 2030 beseitigen, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer und ökologischer Gerechtigkeit in Gleichklang bringen. Die bisherigen Anstrengungen reichen für den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit jedoch nicht aus, davon ist auch der Beauftragte für nachhaltige Entwicklung des BMZ, Herr Dr. Ingolf Dietrich, überzeugt: „Der notwendige Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung stockt, wir hinken der Zielerfüllung hinterher. Deutlich stärkere Anstrengungen sind nötig, um die Ziele bis 2030 zu erreichen.“ Erstmals seit zehn Jahren ist die Zahl der Hungernden weltweit beispielsweise wieder gestiegen: Von 777 Millionen im Jahr 2015 auf 815 Millionen im Jahr 2016.¹

Damit die Menschen künftig nachhaltig wirtschaften und leben, muss die Agenda 2030 in der Politik verankert, Haushaltsmittel bereitgestellt, Pläne aufeinander abgestimmt und alle eingeleiteten Schritte auf ihre Erfolge abgeklopft und engmaschig kontrolliert werden.

Wie aber verwirklicht man solche Ziele und Pläne in der Praxis? Viele Partnerländer wünschen sich Beratung und Austausch zu diesen Fragen. Mit dem Initiativprogramm Agenda 2030 unterstützt das BMZ seine Partner durch strategische Interventionen auf ihrem Weg hin zur erforderlichen Nachhaltigkeitswende. Das ist auch dringend notwendig, sagt Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller: „Handeln wir nicht jetzt, zahlen wir und unsere Kinder dafür morgen einen hohen Preis.“

¹ Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen: <http://www.fao.org/3/a-I7695e.pdf>

Elemente, Prinzipien, Aufgaben



UNIVERSALITÄT



INTEGRIERTER ANSATZ



RECHENSCHAFTSPFLICHT



GEMEINSAME VERANTWORTUNG



NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN

Die Umsetzung der Agenda 2030 soll sich an fünf übergeordneten Prinzipien orientieren. Diese lauten: Universalität, integrierter Ansatz, gemeinsame Verantwortung, niemanden zurücklassen und Rechenschaftspflicht. Die Prinzipien verdeutlichen die neue Qualität der Agenda 2030 und sind die Grundlage für die individuellen Umsetzungsbeiträge.

Die Agenda 2030 gilt universell für Entwicklungs-, Schwellen- oder Industriestaaten gleichermaßen; denn jedes Land muss sein Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verändern.

Nachhaltig bedeutet, die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Seiten von Entwicklung gleichermaßen zu berücksichtigen. Die unterschiedlichen Entwicklungs-herausforderungen sind eng miteinander verknüpft und bedingen einander. Hierbei gilt: Kein Ziel sollte zu Lasten eines anderen verfolgt werden (integrierter Ansatz). Wirtschaftswachstum darf beispielsweise nicht mit Ressourcenverschwendung und damit zum Nachteil der Ökosysteme an Land und im Wasser einhergehen.

Klar ist: Nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der SDGs sind nicht nur eine Aufgabe für Regierungen. Sie können nur erreicht werden, wenn alle Akteure gemeinsam Verantwortung übernehmen und an einem Strang ziehen: Regierungen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaft und viele mehr.

Niemanden zurücklassen bedeutet, dass Menschen mit den geringsten Entwicklungschancen und der leisesten Stimme in den Mittelpunkt gestellt werden sollen. Es sollen die Menschen zuerst erreicht werden, die die geringsten Entwicklungschancen haben.

Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit müssen gemessen und kommuniziert werden, nicht zuletzt, um im richtigen Moment umsteuern zu können. Die Agenda 2030 sieht eine Rechenschaftspflicht vor, denn sowohl die Bürgerinnen und Bürger im eigenen Land als auch die internationale Staatengemeinschaft wollen informiert werden. Ergebnisse und Wirkungen von Entwicklungsmaßnahmen müssen festgehalten, überprüft und offengelegt werden.

Transforming
our world
by 2030



„Handeln wir nicht jetzt, zahlen wir und unsere Kinder dafür morgen einen hohen Preis.“

Bundesminister Dr. Gerd Müller



Inhalt

I. POLITIK

**ANPASSUNG VON STRUKTUREN
UND STRATEGIEN** 13

II. FINANZIERUNG

**EINNAHMEN ERHÖHEN,
PRIVATE INVESTITIONEN
MOBILISIEREN** 19

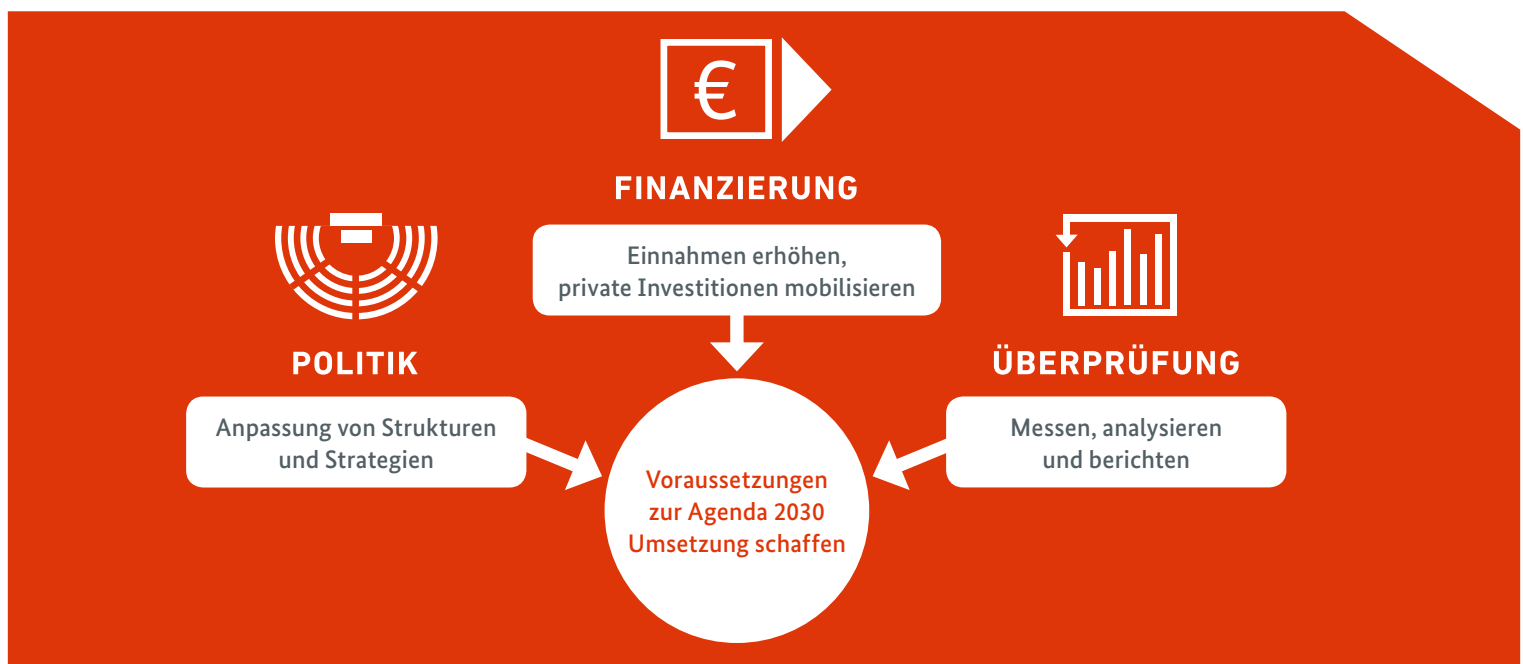
III. ÜBERPRÜFUNG

**MESSEN, ANALYSIEREN UND
BERICHTEN** 26

Die Agenda zum Leben erwecken



Die Agenda 2030 bildet weltweit vereinbarte Ziele für nachhaltige Entwicklung ab. Sie umzusetzen, stellt Industriestaaten wie Schwellen- und Entwicklungsländer vor eine harte Bewährungsprobe. Denn die Voraussetzungen dafür müssen häufig erst geschaffen werden. Das Initiativprogramm Agenda 2030 fördert deshalb strukturelle und transformative Ansätze in den drei strategisch entscheidenden Ebenen Politik, Finanzierung und Überprüfung.



Mit dem Initiativprogramm engagiert sich das BMZ im Jahr 2018 bereits in 26 Partnerländern und bei drei Regionalorganisationen.² Dafür stellt das Ministerium insgesamt rund 58 Millionen Euro zur Verfügung. Partnerländer können sich um Projekte auf einer oder mehreren Ebenen bewerben; je nachdem, wo sie Unterstützung benötigen. Dazu werden entweder Projekte ins Leben gerufen oder bestehende Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit um zusätzliche Maßnahmen erweitert. Zusätzlich werden – als Teil des Initiativprogramms – über den Transformationsfonds der Agenda 2030³ kurzfristige, kleinvolumige Maßnahmen unterstützt. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH setzt das Programm im Auftrag des BMZ um. Das Initiativprogramm ist ein wichtiger und vielversprechender Vorstoß der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die mit dem Programm geförderten Prozesse und daraus resultierenden

Erfahrungen unterstützen Partnerländer dabei, ihre Agenda 2030-Ziele zu verwirklichen.

„Mit dem Initiativprogramm Agenda 2030 haben wir eine weltweit einzigartige bilaterale Initiative geschaffen, die dort ansetzt, wo der Bedarf von Partnerländern am höchsten ist und den größten Erfolg verspricht“, sagt Dr. Ingolf Dietrich, der Beauftragte für nachhaltige Entwicklung des BMZ. Das Initiativprogramm arbeitet dabei mit seinen Partnern auf Augenhöhe zusammen und initiiert darüber neue Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Zudem fließen die Erfahrungen mittelfristig in die Weiter- oder Neuentwicklung von Initiativen der Bundesregierung ein und verstärken so deren Wirkungen zu mehr Nachhaltigkeit. Mit welchen Mitteln und Methoden das Initiativprogramm den dringend erforderlichen transformativen Wandel beschleunigt, darüber gibt diese Publikation einen Überblick.

² Einige der Projekte und Maßnahmen befinden sich momentan noch in der Vorbereitung und müssen mit den Partnerländern noch verifiziert werden. Konzeptionelle Anpassungen sind deshalb noch möglich.

³ <https://www.2030transformationfund.com/>

Bundeskanzlerin Angela Merkel
bei der Verabschiedung der
Agenda 2030 im UN-Hauptquartier,
New York 2015





Politik – Anpassung von Strukturen und Strategien

Soll die Transformation gelingen, muss die Agenda 2030 in Handlungsanleitungen übersetzt werden. Das Initiativprogramm fördert Partnerländer auf vielfältige Weise.



POLITIK

Die Agenda 2030 setzt ehrgeizige und elementare Ziele. Nationale und lokale Entwicklungspläne sowie Strategien sollten an diese angepasst und idealerweise gesetzlich verankert werden. Staatliche Strukturen werden so zur Umsetzung der Agenda 2030 gestärkt. Anderenfalls bleiben diese losgelöst von der praktischen Politik eines Landes; und verpuffen.

Wer die Agenda verankern will, muss die entscheidenden Akteure auf allen staatlichen Ebenen überzeugen, den politischen Willen bündeln, Lobbyarbeit betreiben und das notwendige Wissen organisieren – allen Widerständen zum Trotz. Denn Apparate und Institutionen tendieren dazu, an „Altbewährtem“ festzuhalten. Daher sind Anpassungen in den politischen Rahmenbedingungen unerlässlich. Die Inhalte der Agenda 2030 bedeuten jedoch für alle Akteure Neuland. Damit gehen Unsicherheiten einher, und die Neuordnungen ziehen fundamentale Änderungen nach sich, die es auch zwischen nationalen und subnationalen Akteuren zu kommunizieren gilt.

So müssen Länder auf allen politischen Ebenen ihre Strukturen anpassen und neue Ansätze einführen. Vor allem müssen sie ihr sektorales Denken hin zu einem

ressortübergreifenden Handeln erweitern. Denn die Agenda 2030 fordert, dass kein Ziel zu Lasten eines anderen umgesetzt werden soll. Diese Änderungen können einer Revolution gleichkommen und fallen weder politischen Gremien und Behörden, noch Unternehmen und Organisationen leicht. Umso dringlicher ist es, diese Veränderungsprozesse in staatliches Handeln und Initiativen zu überführen und dabei Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft mitzunehmen. Nur so kann aus Plänen echte Politik werden.

„Die Agenda 2030 in Gesetze zu gießen, ist hartes Brot“, sagt Helge Arends, der das Projekt „Weiterentwicklung einer mexikanischen Nachhaltigkeitsarchitektur zur Umsetzung der Agenda 2030“ in Mexiko leitet. Denn um die strukturellen und rechtlichen Grundlagen zu legen, muss ein Land an vielen Stellschrauben gleichzeitig drehen. In Mexiko verfolgt das Initiativprogramm im Auftrag des BMZ drei Pfade. Erstens unterstützt das Projekt den Nationalen Rat der Agenda 2030. Das Forum bringt staatliche und nicht staatliche Akteure zusammen und berät das mexikanische Präsidialamt bei der Umsetzung der Agenda 2030. Zweitens berät das Projekt das Büro des Staatspräsidenten, das eine mexikanische Nachhaltigkeitsstrategie formuliert. Und drittens stärkt die Zusammenarbeit die Beziehungen zwischen öffentlichem Sektor, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft.

INFORMIEREN

In Mexiko wie in allen anderen Partnerländern stehen Planerinnen und Planer vor einem Dilemma. Zwar ist der Begriff Agenda 2030 in Regierungskreisen und Entwicklungsorganisationen allgegenwärtig. In Kommunen, Zivilgesellschaft, Unternehmen weiß allerdings kaum jemand, was der Begriff bedeutet, welche Inhalte sich dahinter verbergen und welche Aufgaben sich ihnen stellen. Das gleiche gilt für die allgemeine Bevölkerung, innerhalb derer die Agenda 2030 und die SDGs kaum bekannt sind. „Unsere größte Herausforderung ist es, die Menschen über Ziele und die damit verbundenen Chancen zu informieren“, sagt Bernhard Hartleitner, der für das Initiativprogramm in den pakistanischen Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Punjab die Konditionen für private Investitionen in Agenda 2030-Projekte verbessern soll. Dafür benötigen alle Beteiligten valide Informationen.

In vielen Ländern fördert das Initiativprogramm deshalb Informationskampagnen oder organisiert mit Partnern vor Ort Foren und Diskussionsveranstaltungen. Beispiele sind: Ghana, Namibia und Benin, Myanmar oder Mexiko. Das ist strategisch sinnvoll. Denn Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 – zum Beispiel eine erhöhte Steuerquote, um Agenda 2030-Projekte auch finanzieren zu können oder der Abbau von Subventionen für fossile Energieträger – können potenziell auf Widerstände stoßen. Je stärker die Bevölkerung den Wert solcher Maßnahmen für sich erkennt, desto nachhaltiger kann die Regierung ihre Reformen und Gesetzesvorhaben verfolgen. Umgekehrt kann die Zivilgesellschaft mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung ihr Plädoyer gegenüber der Regierung stärken.

VERANKERN

Am Ende müssen globale Rahmenwerke wie die Agenda 2030 oder auch das ebenso wichtige Pariser Klimaabkommen in Regelwerken und Strategien verankert werden. Nur so kann die auf globaler Ebene vereinbarten Veränderungen auch Realität werden.

Was aber muss in Strategien und im Gesetz stehen und welche Vorgaben müssen entsprechend verändert werden? Wer ist dafür zuständig und wer – die Agenda 2030 betrifft nahezu alle Ressorts – koordiniert Ministerien und Behörden? Dabei unterstützt Deutschland verschiedene Partnerländer über das Initiativprogramm. Zum Beispiel Namibia oder Partner in Südamerika über die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), die ihre Mitgliedsstaaten bei der Integration der SDGs in nationale Entwicklungs- und Sektorplanungen unter die Arme greift.

Strategien oder Politiken zu formulieren ist die eine Herausforderung, die andere dafür Mehrheiten zu organisieren.

Natürlich müssen die Interessen von Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Unternehmen ebenso Gehör finden. „Alle haben ihre eigene Perspektive und einen anderen Wissensstand. Hier wird ein Prozess sehr politisch und die unterschiedlichen Meinungen zusammenzuführen, ist eine sehr komplexe Angelegenheit“, sagt Alejandro Manríquez, der in Mexiko für die GIZ das Büro des Staatspräsidenten berät (→ Siehe Interview Mexiko, Seite 17).

Dafür wird in Namibia zusammen mit dem Initiativprogramm ein Multi-Akteurs-Ansatz weiterentwickelt – das Development Partners Forum. In diesem Forum werden Umsetzungsbeiträge für die Agenda 2030 koordiniert und dabei gemeinsam mit verschiedenen Akteuren nationale Prioritäten gesetzt.

Tritt ein Gesetz erst einmal in Kraft, hat sich das Fenster, Einfluss zu nehmen, geschlossen. Deshalb ist es für Gesetzesinitiativen fundamental, dass die Folgen auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung bereits im Entstehungsprozess der Gesetze analysiert werden. Eine solche Gesetzesfolgenabschätzung ist in Deutschland und Europa gelebte Praxis, in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern nicht. Das Initiativprogramm unterstützt deshalb die georgische Regierung dabei, diese Methode einzuführen und damit die Agenda 2030 in ihren Gesetzgebungsprozessen zu verankern. Inzwischen dient das georgische Beispiel Nachbarstaaten als Vorbild, zum Beispiel Armenien, Aserbaidschan, Moldawien und der Ukraine. „Mit Hilfe des Initiativprogramms haben wir einen regionalen Dialog mit Aserbaidschan sowie mit Armenien über die Implementierung der Agenda 2030 angeschoben. Die deutsche Unterstützung war dabei sehr hilfreich“, sagt Anna Kvernadze, Leiterin des SDG-Sekretariats in Georgien (→ Siehe Praxisbeispiel Georgien, Seite 16).

UMSETZEN

Was die staatliche Ebene beschließt, muss umgesetzt werden, gerade in Städten und Kommunen. Denn genau dort – auf lokaler Ebene – erreicht man Menschen direkt. „Ohne lokale Regierungen, ohne die Kommunen können die SDGs nicht realisiert werden“, sagt Bernhard Hartleitner aus dem pakistanischen Projekt. Auch in Mexiko unterstützt das Initiativprogramm Kommunen dabei, Agenda 2030-Vorgaben in ihre Entwicklungspläne aufzunehmen; genauso in Vietnam. Dort haben zwei Provinzen mit Unterstützung des Projekts lokale Aktionspläne zur Umsetzung der Agenda 2030 verabschiedet. Auch in Benin stehen die Kommunen – wie in vielen Teil der Welt – vor gewaltigen Herausforderungen. „Sie müssen ein Verständnis für ihre Rolle im Prozess entwickeln, über die Agenda 2030 informieren, praktische Erfahrungen sammeln und dafür finanzielle Mittel organisieren“, sagt Nestor Ahouangan, Handlungsfeldleiter im Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und Kommunalentwicklung.



Schulkinder im Bus, Nepal

Im Benin sensibilisiert das Initiativprogramm beninische Gemeinden und lokale Akteure für ihre Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030. So ermutigt das Projekt zum Beispiel Partnerkommunen dabei, ihre praktischen Erfahrungen bei der Umsetzung der SDGs aufzubereiten. Denn diese sollen dem gemeinsamen Lernen der Gemeinden dienen. Kommunen können die Erfahrungen abrufen, in ihren Kontext überführen und entsprechend umsetzen. Andererseits fließen die aufbereiteten Lernerfahrungen

in die Diskussion auf nationaler und internationaler Ebene ein. Dabei bezieht das Initiativprogramm in Benin die Zivilgesellschaft mit ein. „Mit Unterstützung des Programms, haben wir SDG-Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet und darüber 400 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie zahlreiche Bürgermeister, Bürgermeisterinnen, Präfekte und Präfektinnen über die SDGs informieren können“, sagt Comlan Maurice Gbemendou der NGO RODD ⁴.

4 Réseau des Organisations non gouvernementales pour les Objectifs du Développement Durable (RODD)



So entfalten Gesetze in Georgien ihre Wirkung

Gesetzesfolgenabschätzungen stellen sicher, dass Gesetze halten, was sie versprechen. Die Erfahrungen sind auch für die Nachbarländer interessant.



In der Bundesrepublik Deutschland ist Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) ein seit langem bewährtes Instrument, um Wirkungen eines Gesetzes besser zu antizipieren und die Umsetzung des Gesetzes zu ebnen; in Georgien möchte die Regierung diese einführen. Ein Team aus Expertinnen und Experten der GIZ unterstützt das kaukasische Land dabei.

Das Handlungsfeld „Anforderungen der Agenda 2030 in Gesetzesfolgenabschätzungen verankern“ setzt dabei drei Schwerpunkte. Erstens beraten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Justizministerium, Regierungsverwaltung und das dort ansässige operative SDG-Sekretariat. Zweitens zielt das Projekt darauf, die GFA als Methode in Georgien zu verankern. Dafür müssen genügend Fachleute sowohl die Methode als auch die Anforderungen der Agenda 2030 verinnerlichen. Das Projekt finanziert Trainings für Akteure der Regierung sowie Fachkräfte aus Hochschulen und Nichtregierungsorganisationen. „Wir wollen die Methodik möglichst weit verbreiten, damit das Wissen auch nach Regierungsumbildungen und angesichts hoher Personalfuktuationen erhalten bleibt“, sagt Sina Heers. Drittens soll GFA auch praktisch pilotiert werden.

ÜBEN IM GESCHÜTZTEN RAUM

Als sehr erfolgreich erweist sich eine ressortübergreifende *community of practice*, in der sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlaments sowie verschiedener Ministerien austauschen. Die *community of practice* ist ein geschützter Raum, in dem Teilnehmerinnen und Teilnehmer Analysemethoden erproben sowie GFA-Berichte diskutieren und überprüfen können, inwieweit sie Nachhaltigkeitsaspekte tatsächlich integrieren.

Letztere sind eine gute Vorbereitung für die praktische Anwendung von GFA in konkreten Gesetzesvorhaben. Im ersten Jahr hat das Projekt mit unterschiedlichen Ministerien und dem Parlament bereits erste Gesetzesvorhaben entsprechend geprüft. Aktuell stehen sechs weitere Gesetze zur Prüfung an. Anna Kvernadze, Leiterin des SDG-Sekretariats in Georgien, schätzt die Zusammenarbeit und den Austausch mit den Fachleuten des Projekts. „Für uns ist der deutsch-georgische Dialog über Methoden und Know-how sehr nützlich. Ein Resultat dieser Zusammenarbeit wird ein SDG-Toolkit sein, mit dem wir Nachhaltigkeit, Ziele und SDG-Indikatoren unserer Gesetze überprüfen können.“ Das Online-Tool ist an die deutsche eNachhaltigkeitsprüfung angelehnt.

NÜTZLICHER PROZESS – FÜR DIE GESAMTE REGION

Vor dem Hintergrund der guten Ergebnisse bietet sich ein vertiefter regionaler Dialog an, zum Beispiel mit Armenien und Aserbaidschan, die ebenfalls die GFA als Methode einführen wollen oder, wie im Falle von Armenien, bereits eingeführt hat. Für Moldawien und die Ukraine sind die georgischen Erfahrungen ebenfalls nützlich. Diesen Austausch will das Projekt über Fachveranstaltungen initiieren und gezielte Dialogformate anschieben. So haben Repräsentanten des armenischen National Centre for Legislative Regulation und Justizministeriums bereits an mehrtägigen Seminaren der *community of practice* in Georgien teilgenommen und ihre Erfahrungen in der schwierigen Einführung des GFA Instruments geteilt. Die Georgier wiederum stellten vor, wie Agenda 2030 Zielsetzungen systematisch in die Analyse von Gesetzesinitiativen integriert werden.



„Wir haben die nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit auf den Weg gebracht“

Mexiko ist ein Vorreiter in Sachen Agenda 2030. Die Regierung hat das Planungsgesetz reformiert, eine nationale Strategie für die Agenda 2030 auf den Weg gebracht und den Haushalt im Sinne der Agenda 2030 durchleuchtet.



Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das Büro des Staatspräsidenten. Es ist für die Implementierung der Agenda auf der nationalen Ebene zuständig. Worauf es ankommt, sagt der Mitarbeiter des Initiativprogramms, Alejandro Manríquez, im Interview.

DIE GIZ UNTERSTÜTZT DAS MEXIKANISCHE PRÄSIDENTENBÜRO DABEI, EINE NATIONALE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE ZU FORMULIEREN UND UMZUSETZEN. WELCHE BEDEUTUNG HAT DIESE AUFGABE?

Knapp die Hälfte aller 125 Millionen Mexikaner und Mexikanerinnen lebt unter der Armutsgrenze. Rund 79 Prozent des Stroms wird noch aus fossilen Brennstoffen erzeugt. Gleichzeitig gehört das Land zu den zwölf Ländern mit der größten Biodiversität weltweit. Das sind drei Fakten, die zeigen, welch großen Hebel wir auf Armut und Umwelt haben, wenn Mexiko die Agenda 2030 erfolgreich in Regierungshandeln überführt.

WAS IST DER VORTEIL DARAN, DASS DAS PROJEKT BEIM STAATSPRÄSIDENTEN ANGESIEDELT IST?

Damit ist die Agenda 2030 auf der höchsten politischen Ebene, beim Büro des Staatspräsidenten, angesiedelt. Das Initiativprogramm arbeitet also mithin der wichtigsten und mächtigsten politischen Schaltstelle des Landes zu. Das ist eine herausragende Gelegenheit, an der nationalen Nachhaltigkeitsarchitektur mitzuwirken. Jetzt gilt es, auch den neuen Präsidenten, der im Dezember 2018 seine Arbeit aufgenommen hat, für die Agenda 2030 zu begeistern.

WIE SETZT MEXIKO DIE AGENDA 2030 UM?

Im April 2017 hat der Präsident den Nationalen Rat der Agenda 2030 ins Leben gerufen. Dieser ist die höchste nationale Koordinierungseinheit für die Agenda 2030.

Darin sind staatliche Akteure aller drei Ebenen (national, bundestaatlich, kommunal) vertreten, genauso nichtstaatliche aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft. Dabei haben wir das Büro bereits beraten. In diesem Rahmen hat die Regierung neben der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie weitere Maßnahmen beschlossen, die sich als internationale Best-Practice-Beispiele bereits bewährt haben: Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird erarbeitet, der Haushalt an die Agenda 2030 angepasst und wichtige Prinzipien der Agenda in einer Reform des Planungsgesetzes berücksichtigt.

WIE UNTERSTÜTZEN SIE DAS BÜRO DES PRÄSIDENTEN, DIESE ZIELE UMZUSETZEN?

Wir steuern Wissen bei, wo dieses benötigt wird und beraten das Büro, wie Gesetze und praktische Maßnahmen aufeinander aufbauen können, sprich kohärent sind. Zudem unterstützen wir Prozesse, um die Bevölkerung, Wissenschaft und Wirtschaft mit auf die Nachhaltigkeitsreise zu nehmen. Gerade dieser Schritt bedeutet für Mexiko einen Kulturwandel.

WIE SETZT MEXIKO DIE AGENDA 2030 UM?

Durch die Vermittlung von internationalen Erfahrungen, vor allen aus Deutschland, haben wir die weit vorangeschrittene Nachhaltigkeitsstrategie begleitet. Wir haben dabei die Methodologie erarbeitet, wie Ministerien und Zivilgesellschaft involviert werden können. Darüber hinaus hat das Initiativprogramm verschiedene Beratungsprozesse und Dialoge vermittelt, in denen Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Unternehmen ihre Ideen einbringen konnten. Die Frage war, wie wir die Ideen, Vorschläge und Kritikpunkte von 1.300 Akteuren und Akteurinnen, zudem die von Bundesministerien, Bundesstaaten und Kommunen systematisch aufgreifen und in diesen Prozess integrieren können. Dafür haben wir mit wissenschaftlichen Instituten zusammengearbeitet, die auf Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung spezialisiert sind. Schliesslich haben wir uns auch

mit verschiedenen Politikempfehlungen eingebracht, damit die Strategie auch tatsächlich die großen Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 angeht. Wir können mit Stolz sagen, dass wir eine Schlüsselrolle in der Erarbeitung der mexikanischen Nachhaltigkeitsstrategie für die Agenda 2030 innehaben.

WIE GEHT ES WEITER?

Wichtig ist es, dass die neue Regierung die Arbeit zur Umsetzung der Agenda 2030 weiterführt, natürlich angepasst an die eigenen politischen Prioritäten. Wir glauben

aber, dass wichtige Teile der nationalen Strategie ohne Änderungen übernommen werden. Durch die Präsentation des mexikanischen Staatenberichts bei dem Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen im Juli 2018 sind die bisherigen Umsetzungsbemühungen international verankert. Denn in dem Staatenbericht wurde der Erarbeitungsprozess der nationalen Strategie explizit erklärt. Das neue Planungsgesetz ist bereits in Kraft und sichert eine gewisse Kontinuität; unser Projekt läuft ebenfalls weiter. Denn ein deutsch-mexikanisches Ziel ist es, die Nachhaltigkeitsstrategie in Zusammenarbeit mit Akteuren aus verschiedenen Sektoren lokal umzusetzen, zum Beispiel im Bundesstaat Oaxaca.



*Beim Bankberatungsgespräch:
Risiko-Kosten-Nutzen-Analyse
zu geplanten Investitionen*

II

Finanzierung – Einnahmen erhöhen, private Investitionen mobilisieren

Um die Ziele der Agenda 2030 erreichen zu können, sind enorme Investitionen notwendig. Allein für Entwicklungsländer wird die jährliche Finanzierungslücke auf bis zu 2.500 Milliarden US-Dollar geschätzt. Derzeit investieren diese Länder etwa 1.400 Milliarden US-Dollar. Es fehlen also gut zwei Drittel der Mittel.⁵



FINANZIERUNG

Entwicklungsländer müssen dementsprechend deutlich mehr Kapital aufbringen als sie das bisher tun. Um das zu erreichen, kommen verschiedene Maßnahmen in Betracht: Beispielsweise höhere Steuereinnahmen oder der Abbau von Subventionen, die der Erreichung der SDGs widersprechen. Allein öffentliche Mittel reichen jedoch in keinem Fall aus, die notwendigen Investitionen aufzubringen. Zusätzlich müssen private Investoren und Geldgeber gewonnen werden. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Die vorhandenen Mittel müssen zudem adäquat eingesetzt und priorisiert werden, wozu die involvierten Institutionen qualifizierte Expertinnen und Experten mit entsprechendem Wissen benötigen.

HERAUSFORDERUNGEN

Würden also Entwicklungsländer alle vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten nutzen, könnten sie sehr viel mehr Mittel für die Umsetzung der Agenda 2030 bereitstellen,

als sie es heute tun. Vielen Ländern fehlt jedoch die nötige Expertise, um die vielfältigen Finanzierungsmechanismen zu erkennen und für nachhaltige Entwicklung einzusetzen.

Zudem herrscht in vielen Ländern ein schlechtes Investitionsklima, auf Grund von fehlender Rechtssicherheit und einer intransparenten Bürokratie. Dies beeinträchtigt nicht nur die Attraktivität gegenüber Investoren, sondern führt auch dazu, dass Steuern und Abgaben häufig nicht effektiv und effizient verwaltet und erhoben werden können.

GLAUBWÜRDIGE HAUSHALTSFÜHRUNG IST EIN UNTERZIEL DER AGENDA 2030

Gute Haushaltsführung ist neben bereitgestellten finanziellen Mitteln ein zentraler Hebel für die Umsetzung der Agenda 2030. Dafür sind funktionsfähige öffentliche Haushalts- und Rechnungswesen notwendig sowie verlässliche Übertragung von Finanzmitteln von der Zentralregierung auf die Gemeinden. Die Agenda 2030 unterstreicht die Bedeutung der parlamentarischen Haushaltskontrolle. Diese muss Plan- und Ist-Werte zur

⁵ United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): World Investment Report 2014 – Investing in the SDGs. https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2014_en.pdf

Bewertung der Maßnahmen heranziehen, um glaubwürdig zu sein. Über ihre Fiskalpolitik können Regierungen ihre Investitionen steuern und damit beispielsweise Armut und Hunger reduzieren, Bildung und Gesundheit verbessern.

STEUEREINNAHMEN UND AUSGABEN

Der Anteil an Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt in vielen Entwicklungsländern liegt zwischen 10 und 15 Prozent und ist damit deutlich zu niedrig – in Industriestaaten liegt er zwischen 30 und 45 Prozent –, um die vielfältigen Aufgaben des Staates zu finanzieren. Hierzu zählt neben einer staatlichen Grundstruktur beispielsweise auch ein adäquates Bildungs- und Gesundheitssystem, Infrastruktur oder Armut reduzierende Maßnahmen. Deshalb ist es notwendig, dass Länder ihre Steuereinnahmen erhöhen, Steuervermeidung und -flucht reduzieren oder innovative Steuern zum Beispiel auf Flugbenzin oder CO₂-Ausstoß einführen.⁶

Zum Beispiel Indonesien: das Land zielt darauf ab, seine komplette Haushaltsplanung an der Agenda 2030 auszurichten. So will die Regierung in Jakarta ihre Steuereinnahmen substanziell erhöhen, um Investitionen für die Umsetzung der Agenda 2030 selbst tragen zu können. „Es ist spannend, dass Indonesien nicht nur den steinigen Weg zu mehr Steuereinnahmen geht, sondern diesen auch noch nachhaltig gestalten will“, sagt Philipp Johannsen, der das Projekt „Stärkung der Eigeneinnahmen für nachhaltige Entwicklung“ des Initiativprogramms in dem asiatischen Land leitet. Das Projekt hat zwei Ziele: Zum einen fördert es das Finanzministerium dabei, die Steuerquote zu

erhöhen, zum anderen Steuergesetze so zu formulieren, dass sie nachhaltige Entwicklungen befeuern.

„Um die Steuerquote zu erhöhen, muss Indonesien zum Beispiel seine Steuerverwaltung effizienter machen“, erklärt Johannsen. Das Initiativprogramm unterstützt das Land dabei, eine neue Steuerdatenbank aufzubauen, die dafür notwendige IT einzukaufen und die notwendige Software zu entwickeln (→ Siehe Praxisbeispiel Indonesien, Seite 24).

INVESTIEREN UND RECHENSCHAFT ABLEGEN

Wo und wie Regierungen investieren, entscheidet ebenfalls über den Erfolg der Agenda 2030. Deshalb ist es notwendig, dass sie über ihre Ausgaben Rechenschaft ablegen. Diese Aufgabe liegt bei den obersten Rechnungskontrollbehörden, deren Kapazitäten in vielen Entwicklungsländern gestärkt werden müssen. „In Serbien unterstützen wir den Rechnungshof bei der Entwicklung einer Methodologie zur Evaluierung des Fortschritts der Agenda 2030“, sagt Urs Bürcky aus dem Projekt „Reform der öffentlichen Finanzen – Finanzierung der Agenda 2030“ in dem osteuropäischen Land.

In Afrika fördert das BMZ den Dachverband der afrikanischen Rechnungskontrollbehörden. Ziel ist es, koordinierte Prüfungen und Prüfraster zu entwickeln, um illegale Finanzströme zu analysieren und insgesamt die Analysefähigkeiten und damit die Schlagkraft der Behörden zu stärken (→ Siehe Praxisbeispiel Dachverband der afrikanischen Rechnungskontrollbehörden, Seite 22).

6 GIZ: Harnessing financial innovation to jump start implementation of the 2030 Agenda (internes Arbeitspapier).

Beim Einsatz von Windenergie ist Brasilien in Lateinamerika führend und der Bundesstaat Ceará wird bereits als Hauptstadt der Windkraft gehandelt



PRIVATE GELDGEBER INS BOOT HOLEN

Für eine ausreichende Finanzierung der Agenda 2030 müssen Länder zudem private Geldgeber und Investoren ins Boot holen und dabei neue Wege gehen. „In Ländern wie Pakistan ist es zum Beispiel bei vielen Musliminnen und Muslimen üblich, bis zu 2,5 Prozent ihres Einkommens für soziale Hilfsprojekte zu spenden“, sagt Bernhard Hartleitner, der für das Initiativprogramm in Pakistan tätig ist. Auch Stiftungen und Unternehmen kommen im Rahmen ihrer unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung (*Corporate Social Responsibility*) als Geldgeber in Betracht. Der weitaus größte Teil aber wird über klassische Investorinnen und Investoren generiert werden müssen, die damit aber auch Gewinne und Erträge anstreben.

Dies ist möglich, wo Regierungen sichere Rahmenbedingungen und/oder Anreize für Investitionen schaffen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz der deutschen Bundesregierung ist ein gutes Beispiel, wie ein Gesetz in Zusammenspiel mit finanziellen Anreizen Investitionen in Milliardenhöhe generieren und eine grüne Energieversorgung initiieren kann. Das Gesetz diente in der Zwischenzeit vielen Entwicklungs- und Schwellenländern als Leuchtturm für die Entwicklung der eigenen Wind-, Solar- oder Biogaspotenziale.

In diesem Fall haben die Regierungen mit Hilfe von Regularien und Anreizen Zukunftstechnologien zum Durchbruch verholfen. Ähnliche Möglichkeiten sehen Investoren und Geldgeber auch in anderen SDG-relevanten Feldern. Chancen bestehen, wo SDGs und Investitionen für alle Beteiligten Vorteile bringen.

Allerdings bedeuten entsprechende Investitionen nicht automatisch, dass sie auch im Sinne der SDGs wirken. Deshalb müssen Regierungen Regeln und Gesetze

formulieren, die die Nachhaltigkeit der Investitionen absichern. Wenn das gelingt, können Regierungen mit Hilfe von guten Regularien die Grundlage für Investitionen schaffen.

GRÜNE FINANZMÄRKTE

Darüber hinaus braucht es Finanzprodukte, die für SDG-relevante Investitionen zur Verfügung stehen. Das können Kredite und Darlehen sein, aber auch Bürgschaften und Finanzprodukte, die das Risiko für private Geldgeber mindern. In den vergangenen Jahrzehnten sind eine Reihe solcher Finanzprodukte entstanden, die Investitionen in Nachhaltigkeit ermöglichen. Das Initiativprogramm unterstützt Partnerländer dabei, solche Produkte für ihre Agenda 2030-Investitionen zu nutzen.

Expertinnen und Experten des Programms beraten zum einen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden im Finanzsektor wie Finanzministerien und Zentralbanken, die Regeln für solche Finanzprodukte aufzustellen; zum anderen Banken und Finanzdienstleister, innovative Finanzprodukte anzubieten. Zum Beispiel in Brasilien: „Die brasilianische Regierung will mit Hilfe von grünen Finanzprodukten zusätzliche 15 Milliarden Euro von privaten Investoren generieren, die für Investitionen in SDG-relevante Felder bereitstehen“ sagt Arnd Helmke, der das Projekt „Grüne Finanzmarktregulierung und Green Bonds“ des Initiativprogramms in Brasilien leitet. Deutschland unterstützt Brasilien dabei auf unterschiedliche Weise. „Dabei geht es, um nur ein Beispiel zu nennen, auch darum, die Rolle von Nachhaltigkeitskriterien bei Finanzierungsentscheidungen und in der Berichterstattung zu stärken“, fügt Helmke hinzu. (→ Siehe Praxisbeispiel Brasilien, Seite 23)





Prüfungen gewinnen an Substanz

Das Initiativprogramm fördert mit Erfolg den afrikanischen Dachverband der Rechnungskontrollbehörden



Rechnungskontrollbehörden wie zum Beispiel der Bundesrechnungshof, spielen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, Ministerien und Verwaltungen und ihr Ausgabeverhalten auf Effizienz zu überprüfen. In vielen Entwicklungsländern sind die Kontrollbehörden jedoch nicht leistungsstark genug, um ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

„Besonders in Subsahara-Afrika ist die Leistungsfähigkeit von Regierung, Verwaltung und eben auch den Kontrollbehörden oft unzureichend und dies entscheidet darüber, ob nationale Entwicklungsprogramme erfolgreich umgesetzt werden oder nicht“, sagt Barbara Dutzler vom Programm Good Financial Governance mit Sitz in Pretoria. Um die Rechenschaftslegung der Länder hinsichtlich ihrer Umsetzung der Agenda 2030 zu stärken, unterstützt das Programm den Afrikanischen Dachverband der Obersten Rechnungskontrollbehörden (African Organization of Supreme Audit Institutions, AFROSAI) dabei, die SDGs in die nationalen Rechenschaftslegungsprozesse einzubetten. Dafür müssen alle Beteiligten sensibilisiert und methodische Kompetenzen gefördert und aufgebaut werden.

Mit deutscher Unterstützung will AFROSAI Methoden und Raster zur Prüfung des Erreichungsstands der SDGs auf panafrikanischer Ebene entwickeln, die im zweiten Schritt auf nationaler Ebene genutzt werden sollen.

„Wir entwickeln gemeinsam mit AFROSAI koordinierte Prüfungen, in denen die beteiligten Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) zum Beispiel das Thema illegale

Finanzströme analysieren. Daraus entstehen Prüfraster, die alle ORKB in ihren jeweiligen Ländern anwenden können“, erklärt Barbara Dutzler den Ansatz. Ihre Ergebnisse übermitteln die Behörden an das jeweilige Parlament. Diese werden zudem im regionalen Kontext publiziert, nachdem sie auf gemeinsame Herausforderungen abgeklopft wurden.

Darüber hinaus erarbeiten AFROSAI und ORKB, unterstützt durch das Initiativprogramm, weitere Ansätze, die die Analysefähigkeiten der ORKB ebenso stärken wie ihre Kapazitäten, neuen Methoden umzusetzen. „Wir arbeiten an einem diagnostischen Instrument, das Effektivität und Transparenz von öffentlichen Institutionen im Bereich öffentliche Finanzverwaltung analysiert“, erklärt Dutzler. Außerdem unterstützt das Initiativprogramm bei der Professionalisierung von Prüfern und Prüferinnen im Bereich öffentliche Buchhaltungsstandards als Grundvoraussetzung für eine Prüfung von SDG-sensiblen Prozessen, Gesetzen, Vorhaben.

Als wesentlichen Erfolg wertet Barbara Dutzler, dass die Obersten Rechnungskontrollbehörden, AFROSAI sowie internationale Institutionen die Rolle der ORKB für die Erreichung der Agenda 2030 erkennen. „Das führt dazu, dass Prüferinnen und Prüfer vermehrt auf die Effizienz und Effektivität von Regierungsprogrammen schauen“, sagt Dutzler. „Somit gewinnen Prüfungen an Substanz und Relevanz für die SDGs.“



„Der Investitionsbedarf für die Agenda 2030 ist enorm“

Brasilien will die Rahmenbedingungen für grüne Investments stärken und private Investitionen in grüne Themenfelder lenken. Das Initiativprogramm steuert deutsche Expertise bei. Welche erläutert Arnd Helmke, der Leiter des Projekts.



BRASILIEN WILL DIE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR EINEN „GRÜNEN“ FINANZMARKT STÄRKEN, UM DARÜBER MEHR PRIVATE INVESTITIONEN IN GRÜNE THEMENFELDER ZU LENKEN. WARUM?

Die brasilianische Regierung hat internationale Zusagen sowohl hinsichtlich der Agenda 2030 als auch des Pariser Klimaabkommens gemacht. Die daraus resultierenden Investitionen kann Brasilien nicht allein mit öffentlichen Mitteln finanzieren.

SIE UNTERSTÜTZEN SOWOHL DAS FINANZMINISTERIUM ALS AUCH DIE ZENTRALBANK DABEI. IN WELCHEN FELDERN ENGAGIERT SICH DAS INITIATIVPROGRAMM?

Wir beraten das Finanzministerium dabei, wie sie die Rahmenbedingungen für den entstehenden grünen Finanzmarkt fassen und damit für mehr Planungssicherheit bei Investoren sorgen können. Der bereits existierende und wachsende Finanzmarkt muss jedoch auch reguliert und überwacht werden. Wenn der ordnungspolitische Rahmen stimmt, müssen Banken und Finanzinstitute neue Finanzierungsmodelle entwickeln und anbieten, damit grüne Geschäftspotenziale auch genutzt werden. Dabei arbeiten wir sowohl mit der brasilianischen Zentralbank als auch dem brasilianischen Finanzministerium zusammen – übrigens zum ersten Mal im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit. Beide sind Schlüsselinstitutionen, wenn es um die Finanzierung grüner Projekte geht.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE KONKRETE UMSETZUNG?

Das fängt bei der Frage an, was grüne Finanzprodukte sind. Diese müssen definiert werden. Bislang existiert nur eine Guideline des Bankenverbands, aber keine rechtsverbindliche Vereinbarung. Gleichzeitig müssen unsere Partner etwaige Risiken grüner Finanzprodukte einschätzen können. Damit investiert werden kann, müssen Investitionsvorhaben zum Beispiel in Erneuerbare Energien, in Land- und Forstwirtschaft oder in grüne Infrastruktur auch bankfähig gemacht werden, sonst geben Banken keine Kredite. Ein Grund: Viele dieser Investitionen fußen auf Technologien, die Finanzfachleute erst verstehen müssen. Dafür ist sehr viel Grundlagenwissen notwendig.

BRASILIEN HAT MIT ÜBER 1.750 FINANZINSTITUTEN UND 500.000 BESCHÄFTIGTEN EINEN SEHR LEISTUNGSSTARKEN BANKENSEKTOR. FINANZMINISTERIUM UND ZENTRALBANK VERFÜGEN SELBST ÜBER AUSGEWIESENE SPEZIALISTEN UND SPEZIALISTINNEN. WAS KANN DEUTSCHLAND HIER BEISTEUERN?

Es geht um spezifisches Wissen, das wir organisieren können, um zum Beispiel gemeinsam neue und international richtungsweisende Standards zu entwickeln. Zudem wollen wir Ideen, Ansätze und Vorgehensweisen austauschen. Bei der Agenda 2030 betreten ja alle Länder gleichermaßen immer wieder Neuland. In Deutschland zum Beispiel hat es lange gedauert, bis Banken bei geplanten Windparks den prognostizierten Ertrag als Sicherheit anerkannt haben. Solche Erfahrungen können wir mit dem Ziel beisteuern, dass innovative Finanzierungs- und Sicherheitsmodelle im besten Fall schneller zur Verfügung stehen und darüber Agenda 2030-Projekte mit privaten Mitteln gehebelt werden können.



„Das ist wie eine OP am offenen Herzen“

Indonesien will seine Steuerquote erhöhen. Dafür braucht es eine moderne Steuerdatenbank und innovative Steuergesetze. Deutschland will das asiatische Land dabei unterstützen.⁷



Indonesien will zu den ersten Ländern gehören, die ihr staatliches Handeln und ihre Haushaltsführung an der Agenda 2030 ausrichten. Die Mittel dafür will es selbst generieren, indem es zum Beispiel die Steuerquote erhöht. Das Initiativprogramm will das Land dabei in zwei Feldern unterstützen. Zum einen, indem es das Finanzministerium dabei fördert, im Sinne der Agenda 2030 effektive Gesetze zu formulieren. Zum anderen will Deutschland das Finanzministerium dabei unterstützen, die Steuerverwaltung effizienter zu machen.

Dafür will Indonesien eine neue Steuerdatenbank errichten, die notwendige IT-Hardware anschaffen und eine eigene Software entwickeln. „Wir sprechen hier von Highend-Technologien und -Software und einem sehr komplexen Umbau. Das ist wie eine OP am offenen Herzen, denn die Behörden müssen die Steuerdatenbank trotz Umbau ja weiter nutzen können“, sagt Philipp Johannsen, der das Projekt des Initiativprogramms in Indonesien leiten wird.

Das Land verfügt über ausgezeichnete Softwarespezialistinnen und -spezialisten. Zusätzlich benötigtes Wissen will das Initiativprogramm organisieren und Expertinnen und Experten des Ministeriums unterstützen, diesen Prozess auch zu managen. „Es geht ja auch darum, dass das Heft des Handelns bei den indonesischen Institutionen verbleibt und diese zum Beispiel den Software-Spezialisten und IT-Fachfrauen auf die Finger schauen können“, umreißt Johannsen die Herausforderung.

Mit einer innovativen Steuergesetzgebung kann Indonesien darüber hinaus Geldströme im Sinne der Agenda 2030 kanalisieren. Wie aber stellt man sicher, dass die Steuern

nicht Armut erzeugen, sondern vielmehr Wohlstand, Bildung, Gesundheit? Nehmen wir als Beispiel die Besteuerung des Fischfangs. Hier will die Partnerschaft ansetzen. „Es geht darum, den Fischfang zu besteuern und gleichzeitig Nachhaltigkeit zu fördern“, sagt Johannsen. Dafür müssen die Folgen abgeschätzt werden. Finanz- und Fischereiministerium sowie Initiativprogramm planen hierfür mit Universitäten und dem deutschen Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung zusammenzuarbeiten. „Wir wollen mit allen Akteuren sprechen und darüber hinaus notwendige Studien finanzieren. Auf Grundlage einer soliden Datenbasis wollen wir unterschiedliche Szenarien simulieren“, sagt Johannsen.

Ziel der gemeinsamen Arbeit wird es sein, möglichst viele Organisationen, Behörden, Verbände und natürlich Fischer im Prozess mitzunehmen, denn die Beharrungskräfte sind groß, Fischfang ein heikles, ein hochpolitisches Thema. Das deutsche Engagement wird sich dabei auf steuerliche Aspekte konzentrieren: Umweltstandards, Netze, Bootsgröße und Fischbestand müssen berücksichtigt werden und in das Steuergesetz einfließen. „Am Ende aber müssen kleine Fischer von ihrer Arbeit leben können, Fischer mit großen bzw. mehreren Booten mehr Steuern bezahlen“, skizziert Johannsen den Rahmen.

Beide Felder des Projekts wollen mit den Partnern wichtige Details erarbeiten, die Indonesien helfen, seine Ziele zu erreichen. „Da bewegen sich zwei G20-Nationen auf Augenhöhe, sowohl bei Entwicklung der IT-Systeme als auch der Zusammenarbeit mit hochspezialisierten Instituten und Universitäten. Das wird schon eine sehr spannende Aufgabe sein“, sagt Johannsen.

⁷ Aktuell befindet sich das Projekt aufgrund des ausstehenden Notenwechsels noch nicht in der Umsetzung (Stand: 12/2018).



*Fischer in Buro/Indonesien
beim Einholen der Netze*



Überprüfung – messen, analysieren und berichten

Bezüglich der Agenda 2030 besteht in jedem Land Veränderungsbedarf im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Jedes Land ist eigenverantwortlich und kann selbst definieren, welche Ziele und Beiträge es im Rahmen der Agenda 2030 prioritär verfolgen will. Welche Strategien aber sind erfolgreich, welche erreichen nicht die festgesetzten Ziele und warum? Die Antworten entscheiden darüber, ob die Agenda 2030 effektiv umgesetzt werden kann.



ÜBERPRÜFUNG

2030 legt mit ihren 17 Zielen, 169 Unterzielen und 232 globalen Indikatoren eine hohe Messlatte an. Sie werden durch Indikatoren auf nationaler und regionaler Ebene ergänzt bzw. übersetzt, die von den Staaten in Eigenverantwortung zu entwickeln sind. Nationale Indikatoren berücksichtigen nationale Gegebenheiten und messen nationale Fortschritte.

Der Überprüfungsmechanismus hat mehrere Elemente. Auf globaler Ebene im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (High Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) haben Staaten die Möglichkeit, ihre Fortschritte und Erfahrungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 vorzustellen. 102 Länder haben bereits zwischen 2016 und 2018 vor dem HLPF ihren freiwilligen Staatenbericht (Voluntary National Review, VNR) zur Umsetzung der Agenda 2030 vorgelegt.⁸ Jeder Bericht stellt Umsetzungsschritte und Strategien vor und unterlegt diese mit Daten und Analysen der nationalen Statistikbehörden. Dabei

stehen Austausch von Erfahrungen und gegenseitiges Lernen im Vordergrund. Zudem sieht der Mechanismus – neben der Berichterstattung auf politischer Ebene – auch eine globale Messung und Überprüfung der festgesetzten Ziele der Agenda 2030 vor. Das Monitoring der SDGs erfolgt durch die jährliche Berichterstattung der Nationalen Statistischen Systeme an das Statistiksysteem der Vereinten Nationen. Dazu veröffentlicht der Generalsekretär der Vereinten Nationen jährlich den Sustainable Development Goals Report.⁹ In diesem ist, nach Regionen aufgeteilt, ersichtlich, welche Fortschritte weltweit erzielt wurden. Auch auf regionaler und sektoraler Ebene finden zusätzliche Überprüfungsprozesse statt und Berichte werden veröffentlicht.

Der Prozess in den Ländern stellt viele Regierungen vor große Herausforderungen. Um Rechenschaft ablegen zu können, benötigen sie entsprechende Strukturen zum Beispiel für den Überprüfungsprozess und darüber hinaus Mechanismen, um Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu beteiligen. Zudem bedarf es aussagekräftiger Daten, um Fort- und Rückschritte wirklich messen zu können. Auf der Grundlage dieser Daten können Länder im Sinne einer evidenzbasierten Politikgestaltung ihre Strategien anpassen oder umsteuern.

⁸ In der Voluntary National Reviews Database werden alle Staatenberichte gesammelt: <https://sustainabledevelopment.un.org/vnrs/>

⁹ The Sustainable Development Goals Report 2018: <https://www.un.org/development/desa/publications/the-sustainable-development-goals-report-2018.html>

In diesem Prozess unterstützt das BMZ seine Partner und kann dabei auf Erfahrungen Deutschlands verweisen. Denn die Bundesregierung hat, um den Überprüfungsmechanismus zu stärken, gleich beim ersten Durchgang 2016 vor dem HLPF der Vereinten Nationen seinen freiwilligen Staatenbericht vorgelegt. Die Regierung hat damit ein politisches Zeichen gesetzt: Der Bericht der Bundesregierung traf Aussagen zu allen 17 SDGs, Herausforderungen wurden ebenso benannt wie die globalen Auswirkungen nationalen Handelns, sowie nichtstaatliche Vertreterinnen und Vertreter in die Erstellung und Präsentation des Berichts einbezogen.

HERAUSFORDERUNGEN – HANDLUNGEN REFLEKTIEREN, DISKUTIEREN UND JUSTIEREN

Um möglichst sinnvoll und effektiv bei der Umsetzung der Agenda 2030 voranzuschreiten, müssen alle Prozesse und Investitionen regelmäßig überprüft und wo nötig justiert werden. Dazu benötigen Staaten verlässliche, aufgeschlüsselte und aktuelle Daten. Sie erlauben auf Evidenz basierende Diskussionen und Entscheidungen sowohl innerhalb der Regierung als auch in der Zivilgesellschaft. Diese Anforderungen stellen einige Partnerländer vor Herausforderungen.

Das fängt dabei an, dass Ministerien, Behörden oder Statistikämter nur eingeschränkt in der Lage sind, entsprechende Daten zu erheben und zu analysieren. Für Klima- und umweltrelevante oder soziale Ziele fehlen in manchen Ländern verlässliche Daten. In anderen sind diese zwar vorhanden, aber ihre Qualität reicht oft nicht aus, um sie nach Agenda 2030-Indikatoren auszuwerten. So sind Daten, um nur ein Beispiel zu nennen, häufig nicht nach Bevölkerungsgruppen aufgeschlüsselt, weshalb Aussagen zu marginalisierten Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, indigene Bevölkerungsgruppen oder den Ärmsten der Armen nicht möglich sind. Das Prinzip der Agenda 2030, die am weitesten Zurückgelassenen zuerst zu erreichen, kann dann nicht umgesetzt werden. Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass Statistikbehörden in den Partnerländern oft nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügen, um Datensätze zu interpretieren.

Diese Situation wird dadurch erschwert, dass viele Entwicklungsländer unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Fehlende IT-Systeme und eine instabile Stromversorgung gerade im ländlichen Raum erschweren es, Daten elektronisch zu erheben. Softwareprogramme und eine schnelle Hardware sind jedoch notwendig, um große und komplexe Datenmengen auszuwerten und analysieren zu können (→ Siehe Interview Ghana, Seite 30).

Andere Länder müssen ihr Statistikwesen von Grund auf modernisieren, wie es zum Beispiel in Myanmar der Fall ist. „Das Land baut ein modernes Statistikwesen gerade erst auf. Gleichzeitig ist das Land auf einem guten Weg, denn es hat bereits 2011 Reformschritte eingeleitet und 2018 durch ein neues Gesetz das Statistikamt gestärkt“, sagt Jasmin Freischlad, Leiterin des Projekts „Stärkung der Kapazitäten zur SDG-Umsetzung“ in Myanmar (→ Siehe Praxisbeispiel Myanmar, Seite 29).

GRUNDLAGEN SCHAFFEN

In Ghana, Namibia und Myanmar unterstützt das Initiativprogramm unterschiedliche Akteure dabei, ihre Kapazitäten im Statistikwesen, bei Datenanalyse und evidenzbasierter Politikgestaltung, auszubauen. Dazu finanziert das Initiativprogramm Schulungen und fördert die Entwicklung von Curricula, damit die Länder ihre Expertinnen und Experten selbst ausbilden können. Darüber hinaus unterstützt das Programm auch die Anpassung organisatorischer und regulatorischer Rahmenbedingungen im statistischen System, um die Institutionen nachhaltig zu stärken.

In Namibia zum Beispiel unterstützt das Initiativprogramm dabei, das nationale Statistische System zu koordinieren sowie ein Monitoringsystem für die SDGs und den nationalen Entwicklungsplan aufzubauen. Außerdem förderte es den Aufbau einer Datengrundlage. Diese war Voraussetzung, dass Namibia 2018 seinen freiwilligen Staatenbericht vorlegen konnte.

In Vietnam fördert das Initiativprogramm das Ministerium für Planung und Investitionen als zentrale Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Agenda 2030 bei der Überprüfung seiner Fortschritte bei der Erreichung der SDGs sowie der internationalen Berichterstattung. Ein Schwerpunkt des Projekts liegt darin, die Anpassung des nationalen Indikatorensystems auf die Bedarfe der Agenda 2030 zu unterstützen. Diese Indikatoren schaffen eine verbindliche Basis, nach der die Fortschritte bewertet und kommuniziert werden. „Der Prozess der Formalisierung von Indikatoren spielt in Vietnam eine besonders wichtige Rolle, da nur Indikatoren, die im nationalen Gesetz für Statistik verankert sind, offiziell von der Regierung verwendet werden dürfen“, sagt Justyna Grosjean, Beraterin des Projekts „Makroökonomische Reformen / sozial- und umweltverträgliches Wachstum“ der GIZ. Bei der Entwicklung des Indikatorensystems für SDGs berät das Projekt das nationale Amt für Statistik insbesondere im Hinblick auf die Integration von Gender und ökologischen Dimensionen.

Gerade das Monitoring auf lokaler Ebene stellt Länder vor große Herausforderungen. In Benin begleitet das Initiativprogramm deshalb das Dezentralisierungsministerium bei der Entwicklung und Operationalisierung des Local Governance Index, der als Indikator für das von Benin priorisierte Unterziel 16.6 dient. Mit dem Index kann die Qualität der lokalen Regierungsführung gemessen werden. Zudem dient er den Kommunen zur Selbstbewertung und als Informationsgrundlage. In Zukunft können die Ergebnisse auch in die internationale Berichterstattung einfließen.

BERICHT ERSTATTEN BEIM HLPF

Das Initiativprogramm hat sowohl Namibia als auch Vietnam bei seiner Berichterstattung unterstützt und dazu beigetragen, dass die beiden Länder 2018 ihren VNR vor dem HLPF abgegeben haben. Dabei wird auch auf das Engagement nicht-staatlicher Akteure, wie der Zivilgesellschaft, gesetzt. In Vietnam und Namibia hat der Berichtsprozess bemerkenswerte Zusatzeffekte ausgelöst. So haben die Planungsministerien Fallstudien, Daten und Anregungen aus der Zivilgesellschaft aufgegriffen und in ihre VNR aufgenommen. Im Fall von Namibia wurde außerdem am Rande des HLPF eine Veranstaltung zur Einbindung der Zivilgesellschaft ausgerichtet.

Doch auch in anderen Ländern spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030. Sie fungiert nicht selten als Korrektiv zu staatlichen Institutionen. So fertigen zivile Organisationen in zahlreichen

Ländern eigene Berichte zu Fortschritten bei der Umsetzung der Agenda 2030 ihrer Länder an, die dann in die Berichterstattung mit einfließen können und sollten.

DIGITALE WERKZEUGE NUTZEN

Für komplexe Datenanalysen, genauso das Erheben von Daten, spielen IT-Geräte und die notwendige Software eine immer wichtigere Rolle. Denn mit Hilfe schnellerer Rechner können Statistikerinnen und Statistiker heute sehr viel mehr aufgeschlüsselte Datensätze generieren als das früher noch der Fall war. Das Initiativprogramm unterstützt seine Partnerländer dabei, ihre statistischen Kapazitäten entsprechend auszubauen. Zum Beispiel in Kenia und Ghana.

In Kenia stärkt das Initiativprogramm nicht nur staatliche Statistikbehörden, sondern auch nichtstaatliche Institutionen, die Daten erheben. Damit will es erreichen, dass innovative digitale Datenquellen und neue Erhebungstechniken, die gerade im Privatsektor inzwischen gebräuchlich sind, für das Monitoring der SDGs genutzt werden können.

Ghana wiederum will mit deutscher Unterstützung eine digitale Datenbank aufbauen. Sie soll gerade lokalen Kommunen und Distrikten ermöglichen, eigene Daten nach einheitlichen Standards zu erheben, auszuwerten und damit für die Planung der SDGs zu nutzen.



*Digitalisierung in der
Finanzwirtschaft:
Bitcoin Konzept – die
neue Weltwährung*



Myanmar stärkt seine Statistikämter

Die Regierung in Myanmar muss ihr Statistikwesen von Grund auf modernisieren. Fehlende Fachkräfte bremsen sie dabei.



„Es ist immer noch so, dass wir in der Regel Daten nicht gerne teilen. Aber Daten sind eine nationale Ressource, die wir für die Entwicklung unseres Landes gemeinsam nutzen müssen“, sagt Dr. Wah Wah Maung, Amtsleiterin der zentralen Statistikorganisation (Central Statistical Organisation, CSO). Mit dieser Herausforderung ist Myanmar nicht allein. Das asiatische Land zeichnet dabei aus, dass es den Wert von validen Daten und ihre Auswertung erkannt hat.

Bereits 2011 hat die Regierung die Modernisierung ihres Statistikwesens eingeleitet und 2018 mit Hilfe eines weiteren Gesetzes die CSO mit einem weitreichenden Mandat gestärkt. Zudem soll ihr Personal von 400 auf 700 Stellen aufgestockt werden. Das ist die gute Nachricht – die schlechte lautet: Es gibt nicht genügend gut ausgebildete Expertinnen und Experten, die diese Stellen auch übernehmen könnten. Ein Dilemma, unter dem auch andere Länder leiden.

Hier setzt das Initiativprogramm an. „Wir wollen die institutionellen Kapazitäten der Statistikbehörde stärken. Dazu gehört gerade auch ihre Fähigkeit, sich mit anderen Akteuren auszutauschen und ihre Arbeit zu koordinieren“, sagt Jasmin Freischlad, Leiterin des GIZ-Projekts „Stärkung der Kapazitäten zur SDG-Umsetzung in Myanmar“.

Außerdem will das Projekt die Qualität der Daten und ihre Verfügbarkeit verbessern und schließlich schult es einen myanmarischen Think Tank darin, Daten zu nutzen und daraus evidenzbasierte Politikempfehlungen zu erarbeiten.

Diese Daten müssen auch der Zivilgesellschaft zur Verfügung stehen, damit sie die Entwicklung in Sachen Agenda 2030 auch nachvollziehen und ihre demokratischen Rechte wahrnehmen kann. „Dazu ist es wichtig, dass wir auch die Interpretation der Daten im politischen Diskurs fördern und erklären, wie diese Daten dafür genutzt werden können“, sagt Jasmin Freischlad. Am 2. November 2018 hat die CSO am Rande des Weltstatistiktages mit Unterstützung des Initiativprogramms das erste Myanmar Statistik Forum ausgerichtet. Im Mittelpunkt standen zwei Panel-Diskussionen zum Thema „Transformation der Datenkultur“. Erstmals haben sich Regierungsvertreter mit Parlamentariern, dem Privatsektor und der Wissenschaft auf einer offiziellen Plattform zum Thema Daten und Statistik im Land ausgetauscht. Die Gelegenheit ist also günstig. Zwar hat die CSO zu wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die sie hat, sind aber sehr motiviert und engagiert.



Ghana – weg vom Papierchaos

Wie die SDGs eine transparente Statistik befördern, erzählt Verena Goranko, Beraterin im Projekt Dezentralisierungsreformen in Ghana.



SIE UNTERSTÜTZEN IN GHANA 60 STÄDTE UND KOMMUNEN DABEI, DASS SIE SDG-ZIELE MESSEN UND DIE DAFÜR NOTWENDIGEN DATEN ERHEBEN KÖNNEN. WIE MACHEN SIE DAS?

Wir setzen vier Schwerpunkte. Erstens sensibilisieren wir Städte und Kommunen für die SDGs und informieren darüber, welche positive Rolle sie bei der Entwicklung spielen können. Zweitens beraten wir, wie die SDGs in kommunale Entwicklungspläne integriert werden können. Dabei legen wir unseren Schwerpunkt vor allem auf die Erhebung von Daten und ihre Analyse. Drittens unterstützen wir den Aufbau eines web-basierten kommunalen Monitoringsystems, das als Standard für alle Kommunen in Ghana dienen soll. Zu guter Letzt arbeiten wir mit Kommunen, Zivilgesellschaft und Journalisten zusammen, um diese Daten zu verbreiten, damit sowohl Politiker als auch die Bevölkerung, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Unternehmen auf diese Informationen zugreifen können.

VOR WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN STEHT GHANA?

Nach wie vor verfügen nicht alle Kommunen über eine funktionierende IT-Infrastruktur, was natürlich eine rein webbasierte Lösung und ein „Weg“ vom Papierchaos erschwert. Zudem existieren viele unterschiedliche Monitoringsysteme und es gibt zahlreiche Akteure, die alle in irgendeiner Form mit Daten und Monitoring arbeiten, sich bislang aber nur wenig austauschen.

WO SEHEN SIE DIE CHANCEN?

Der große Vorteil ist: Präsident Nana Akufo-Addo will Ghana als Vorreiter in Sachen SDGs positionieren und fördert und fordert die administrativen Akteure entsprechend. Ein weiterer Vorteil ist, dass die SDGs in der Parteienlandschaft als neutrale Ziele erachtet werden und so über die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien hinweg gemeinsam verfolgt werden. Ghana wird 2019 das erste Mal offiziell in ihrem VNR seine Fortschritte bei der Erreichung der SDGs kommunizieren – dies treibt die Diskussion nationaler als auch lokaler Ebene voran, wie das Land eine bessere Datengrundlage schaffen kann.

WELCHE WIRKUNG ERZIELT DAS PROJEKT?

Wir tragen dazu bei, dass Ghana Fortschritte macht, wenn es darum geht, die SDGs in Indikatoren zu übersetzen und diese an die lokalen Bedingungen anzupassen. Wir unterstützen Kommunen dabei, verlässliche Daten zu erheben, auszuwerten und zu kommunizieren. Nur wenn Daten anschaulich und einfach verständlich aufbereitet sind, werden sie für Politikgestaltung genutzt. Und nur informierte Bürgerinnen und Bürger können die richtigen Fragen stellen, um ihre Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir faktenbasierte Politikentscheidungen stärken und Transparenz fördern. Dadurch soll Politik nachhaltiger und inklusiver gestaltet werden und sich insbesondere an die am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen richten. Zudem stärken wir die Zusammenarbeit aller Akteure auch im statistischen Kontext und haben beispielsweise die SDG Data Friends ins Leben gerufen. Wir arbeiten mit der Zivilgesellschaft zusammen, um sicherzustellen, dass auch benachteiligte Gruppen statistisch wahrgenommen werden, um dem Agenda 2030 Grundsatz „niemanden zurücklassen“ Rechnung getragen wird.

WIE SEHEN SIE DIE CHANCEN FÜR ZUSAMMENARBEIT MIT NEUEN PARTNERN?

Die SDGs ermöglichen neue Formate der Zusammenarbeit im Land – über sektorale Grenzen, Regierungsebenen und unterschiedliche Akteursgruppen hinweg. Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, müssen alle über ihren Teller- rand hinaus blicken und Ressourcen, Wissen und Aktivitäten bündeln. In Ghana wurde 2015 beispielsweise die Civil

Society Plattform für SDGs gegründet. Unter dem Dach setzen sich mehr als 200 Organisationen für die SDGs ein, planen Projekte und setzen diese um. Mit dieser ist die Regierung erstmals eine institutionalisierte Partnerschaft eingegangen, die insbesondere beim Thema Datenmanagement eng kooperiert. Unsere Unterstützung festigt diese Verbindung und stärkt die Rolle der Plattform und damit der Zivilgesellschaft.



„CSO Platform on the SDGs“ in Ghana

Treffen mit Vertreter/innen des Zusammenschlusses der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der SDGs (CSO Platform on the SDGs in Ghana), der Privatwirtschaftlichen Stiftung Ghanas (Private Enterprise Foundation) und des GIZ Dezentralisierungsprogramms



HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Referat 410 „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung;
Reduzierung von Armut und Ungleichheit“

REDAKTION

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

GESTALTUNG

EYES-OPEN, Berlin

DRUCK

GIZ GmbH
Gedruckt auf Blauer Engel-zertifiziertem Papier

FOTOS

Cover: © Thomas Trutschel/photothek.net;
S. 4: © Ute Grabowsky/photothek.net; S. 8/9: © Michael Gottschalk/photothek.net;
S. 10: © Thomas Trutschel/photothek.net; S. 12: © Dylan Lowthian/UNDP;
S. 13: www.flickr.com/photos/un_photo/25649593764/; S. 15: © GIZ/Dirk Ostermeier;
S. 16: © Thomas Imo/photothek.net; S. 17: © Thomas Köhler/photothek.net; S. 18: © GIZ/Lucas Wahl;
S. 19: © Ute Grabowsky/photothek.net; S. 20/21: © GIZ/Catharina Vale; S. 22: © GIZ/Dirk Ostermeier;
S. 23: © GIZ/Florian Kopp; S. 24: © Thomas Köhler/photothek.net; S. 25: © GIZ/Scholz;
S. 26: © GIZ/Dirk Ostermeier; S. 28: © Thaut Images/fotolia.com; S. 29: © Thomas Imo/photothek.net;
S. 30: © GIZ/Verena Goranko; S. 31: © GIZ/Ugonna Ukaigwe

STAND

Januar 2019

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0
Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500
→ BMZ Berlin im Europahaus
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0
Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de